

6. First Responder als Grundauftrag der Feuerwehr

Antrag des Regierungsrates vom 15. Dezember 2021 zum Postulat KR-Nr. 302/2019 und gleichlautender Antrag der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit vom 24. März 2022

Vorlage 5780

Tobias Mani (EVP, Wädenswil), Präsident der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS): Die KJS beantragt Ihnen einstimmig, das Postulat betreffend First Responder als Grundauftrag der Feuerwehr als erledigt abzuschreiben. Als First Responder werden bekanntlich jene Personen bezeichnet, die Menschen bei Herz-Kreislauf-Problemen als Ersthelfende das Leben retten können, Situationen, in denen jede Minute zählt. Mit dem Vorstoss verlangte der Postulant Markus Schaaf im erweiterten Grundauftrag der Feuerwehr auch die Erbringung von lebensrettenden Sofortmassnahmen einzuschliessen. Zu diesem Zweck wurde vom Postulanten verlangt, die Feuerwehrverordnung anzupassen.

In seiner Postulatsantwort führt der Regierungsrat aus, dass die Gebäudeversicherung Kanton Zürich, GVZ, die Aufgaben der First Responder in einer Weisung aus dem Jahr 2009 regelt. Die GVZ nahm das Postulat ernst – das hoffen wir doch und da möchte ich ein Lob aussprechen – und nahm es zum Anlass und als Steilvorlage, um das bestehende System zu überprüfen und qualitativ und quantitativ massiv zu verbessern. Den Fokus legte sie dabei auf die Frage, wie die Wirksamkeit der Interventionen zugunsten von Personen mit Herz-Kreislauf-Stillstand verbessert werden könnte. Zusammen mit dem Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich (GPV), der Gesundheitsdirektion (GD), Schutz und Rettung Zürich, den Rettungsdiensten sowie der Kantonspolizei erarbeitete sie daraufhin eine Neukonzeption des Systems, mit welcher eine leistungsfähigere Organisation des First-Responder-Systems erreicht werden sollte, ohne dass dabei eine Verpflichtung zum Aufbau einer First-Responder-Gruppe für die Gemeinden notwendig würde. Entsprechend wurde eine Erweiterung des Personenkreises für den Einsatz als First Responder und Anpassungen bei der Alarmierung vorgenommen. Dazu werden einerseits die Zahl von zurzeit 400 First Respondern auf 2500 erhöht. Andererseits wird gemäss Next-best-Ansatz verfahren und das Aufgebot von First Respondern nach Verfügbarkeit, den jeweiligen Positionen und der geobasierenden Alarmierung bestimmt, weshalb ein Einsatz auf dem ganzen Kantonsgebiet möglich ist.

Im Namen der einstimmigen Kommission danke ich allen Beteiligten und beantrage Ihnen deshalb, der Vorlage, der Abschreibung des Postulates zuzustimmen.

Susanne Trost Vetter (SP, Winterthur): Ich kann es kurz machen: Die SP stimmt der Abschreibung des Postulates zu. Auch wenn der Regierungsrat die rechtliche Verankerung dieser Erweiterung des Grundauftrags der Feuerwehr als nicht zweckmässig erachtet, sind die Forderungen des Postulates doch erfüllt worden. Die First Responder stellen die Erbringung von lebensrettenden Sofortmassnah-

men bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes sicher. Damit kann unter Umständen, in denen es um Sekunden geht, Leben gerettet werden. Die Gemeinden übernehmen die Kosten für den Einsatz. Es bleibt Ihnen aber freigestellt, eine First-Responder-Gruppe zu führen. Die entsprechende Weisung dieser Neukonzeption ist bereits in Kraft getreten. Das System hat sich bewährt und die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung wurde so verbessert. Wir schreiben das Postulat als erledigt ab.

Martin Huber (FDP, Neftenbach): Mit diesem Postulat soll der Grundauftrag der Feuerwehr auch die Erbringung von lebensrettenden Massnahmen einschliessen. Die First Responder nehmen ihre Aufgabe weiterhin als Laienhelferinnen und -helfer und zusätzlich zum Rettungsteams beziehungsweise zur Notärztin und zum Notarzt wahr. Sie leisten den Einsatz für die Sicherstellung von lebensrettenden Sofortmassnahmen von Personen, bis der aufgebotene Rettungsdienst eintrifft. An dieser Stelle ein herzlicher Dank an die Personen, die sich als First Responder zur Verfügung stellen, sie leisten einen wertvollen Dienst für die Bevölkerung. Zusammen mit dem Verband der Gemeindepräsidien, der Gesundheitsdirektion, Schutz und Rettung Zürich, den Rettungsdiensten sowie der Kantonspolizei wird eine Neukonzeption des First-Responder-Systems erarbeitet, die eine bessere Abdeckung des Kantons anstrebt.

Die FDP hofft, dass mit dieser Neuorganisation möglichst schnell alle Lücken im Kanton geschlossen werden. Die FDP stimmt der Abschreibung des Postulates zu.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Ich gebe es zu, es war keine leichte Aufgabe, den First-Responder-Dienst im Kanton Zürich zu überdenken, zu optimieren und neu zu organisieren. Ich gebe es zu, mit unserem Postulat haben mir gleich eine ganze Anzahl von Akteuren gefordert, Sie haben es bereits gehört: Die Sicherheitsdirektion war involviert, die GVZ, die Ortsfeuerwehren, die Rettungsdienste, die Gesundheitsdirektion, die Kantonspolizei, die Einsatzzentrale von Schutz und Rettung und auch der Gemeindepräsidienverband beziehungsweise die Gemeinden. Aber es hat sich gelohnt. Ich bin überzeugt, mit der neuen Lösung werden wir in unserem Kanton noch schneller und wirksamer vor Ort sein, wenn Menschen ein akutes Herz-Kreislauf-Problem haben, und deshalb ein grosses Danke an alle, die bei diesem Projekt beteiligt waren.

Mit der Neukonzeption wird aus etwas Gutem etwas noch Besseres gemacht, und zwar über den ganzen Kanton hinweg. Was mir besonders gefällt: Alle Anpassungen dieser Neukonzeptionierung kommen unmittelbar den Direktbetroffenen zugute. Es sind stets die betroffenen Frauen, Männer und Kinder, welche von dieser Neukonzeption profitieren werden. Aber wir dürfen uns keine Illusionen machen: Nicht alle Akteure werden gleich glücklich sein mit der angestrebten Lösung. Es werden Fehler passieren, es werden Anpassungen und Korrekturen nötig sein. Aber das ist normal, Veränderung löst immer auch Verunsicherung aus. Ich denke, es wird etwa zwei Jahre brauchen, bis man das System dann soweit optimiert hat, dass es wirklich bestens funktioniert. Aber aus meiner Sicht ist es

besser, jetzt mit einer überarbeiteten Konzeption zu starten, als jedes Detail bis zur Perfektion planen zu wollen und dann nichts umzusetzen. In diesem Sinne bitte ich alle betroffenen Stellen, der Neukonzeption eine Chance zu geben, damit sie in der Praxis möglichst schnell umgesetzt werden kann.

Für mich sind die zentralen Forderungen des Postulates erfüllt, ich bin mit der Abschreibung einverstanden.

Daniel Wäfler (SVP, Gossau): Um es vorwegzunehmen, auch die SVP-Fraktion wird der Abschreibung dieses Postulates zustimmen.

Die ganze Situation rund um lebensrettende Sofortmassnahmen wurde überdacht. Dies begrüssen wir, denn es ist wirklich eine kommunale Angelegenheit. Es muss vernetzt sein, es muss vor Ort stattfinden, und hier mit diesem Gesamtkonzept bringen wir diese Vernetzung, um Leben zu retten, heran und können so erfolgreich auf dem Weg weiterschreiten, der einst ausgelöst wurde durch den Infarkt unseres Bundesrates Merz (*Altbundesrat Hans-Rudolf Merz*), und seither ist doch einiges gegangen. Wir begrüssen weitere Schritte und danken allen, die zum Lebenserhalt beitragen. Vielen Dank.

Kathrin Stutz (Grüne, Zürich): Der Grundauftrag der Feuerwehr musste neukonzipiert werden. Es ist eine sehr wichtige Erneuerung des Auftrags der First Responder der Feuerwehr. Es wird nun gehofft, dass auch die Nothilfe in den Gemeinden besser funktioniert, da neu auch medizinisch ausgebildetes Personal beigezogen wird.

Die Fraktion der Grünen ist mit der Abschreibung einverstanden, da der Neuauftrag auf gutem Weg ist. Danke.

Josef Widler (Die Mitte, Zürich): Wenn das Herz stillsteht, dann geht es um Sekunden und Minuten. Es ist sinnvoll, dass Leute, die unterwegs sind, abgerufen werden können, um Hilfe zu leisten. In der Stadt Zürich hat sich das sehr gut bewährt, haben doch alle Streifenwagen einen Defibrillator dabei. Und ich kann doch berichten, dass bei zwei Patienten von mir die Polizei zuerst vor Ort war. Also es lohnt sich, Feuerwehr, Polizei und alle, die für Schutz und Rettung beschäftigt und unterwegs sind, auszubilden und für einen solchen Einsatz vorzubereiten. Das Postulat hat sicher ausgelöst, dass dies noch verstärkt gemacht wird. Selbstverständlich wird die Mitte das Postulat abschreiben.

Bettina Balmer-Schiltknecht (FDP, Zürich): Auch mich freut es, dass das Postulat zu First Respondern von Markus Schaaf, Daniel Häuptli und Markus Späth (*Altkantonsräte*) bewirkt hat, dass das System überarbeitet und verbessert wurde. Ich hoffe aber sehr, dass diese Verbesserungen auch dazu führen, dass nun wirklich noch mehr Leben gerettet werden können. Einzige Kritik ist vielleicht, dass man sich bei diesem System auch etwas daran hätte orientieren können, was die anderen Kantone machen. Dieses Thema ist für mich nicht ein Thema, bei welchem man das Rad wieder neu hätte erfinden müssen. Es gibt da gute Beispiele, zum Beispiel in Bern.

Aufgrund der Anfrage (*KR-Nr. 42/2020*) der FDP und SVP zum gleichen Thema wurde damals von Donat Spahn, dem Direktor des Institutes für Anästhesiologie am Universitätsspital Zürich festgehalten, dass es für den Einsatz von First Responder im Kanton Zürich eindeutig Potenzial gebe. Internationale Studien zeigten, dass die Überlebenschancen der Betroffenen durch ein gutes System an First Respondern verdoppelt werden können. Und aufgrund der bisherigen Studien ging Spahn deshalb davon aus, dass im Kanton Zürich jedes Jahr 70 Menschen so vor dem Tod bewahrt werden können. Wenn es mit diesem neuen System nun also gelingt, 70 Menschen vor dem Tod zu bewahren, dann hat sich die Reorganisation der Strukturen auf jeden Fall gelohnt. Und dafür danke ich der GVZ und der Regierung.

Regierungsrat Mario Fehr: Alle diejenigen, die jeweils behaupten, man könne in diesem Parlament nichts bewirken, werden hier eines Besseren belehrt. Der sehr gute Vorstoss von Kantonsrat Markus Schaaf hat tatsächlich bewirkt, dass alle in diesem Bereich Verantwortlichen noch näher zusammenarbeiten: Gesundheitsdirektion, GVZ, Rettungsdienst, Einsatzleitzentrale Schutz und Rettung, wir alle haben zusammen eine noch bessere Lösung gefunden. Der Stand ist jetzt so, dass die Alarmierungs-App entwickelt ist. Wir werden eine Testphase bis Ende Dezember haben und wollen es 2023 flächendeckend einführen. Hier werden die Kosten von der Gesundheitsdirektion getragen. Bei der Ausbildung ist die GVZ führend. Wir werden einen Pilot-Kurs im August machen und dann weitere Ausbildungen durch Samariterrettungsdienste auf Gemeindeebene durchführen. Das Ziel ist klar: Wir wollen von heute 400 First Responderinnen und Respondern auf 2500 steigern, das ist ein ehrgeiziges Ziel. Ich danke allen, die hier mitgewirkt haben. Es gab auch das erste Mal eine gemeinsame Weisung von Gesundheitsdirektion und GVZ. Wir sehen also, wir können innerhalb der Verwaltung mit befreundeten Organisationen zusammenarbeiten, aber Auslöser war das Postulat von Markus Schaaf, von Feuerwehrmann Markus Schaaf, der uns zum Denken angeregt hat. Wir haben nachgedacht und es hat sich gelohnt. Besten Dank.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat KR-Nr. 302/2019 ist abgeschlossen.

Das Geschäft ist erledigt.